

## 2. Gewaltaustrag- und Konfliktbewältigungstheorien

Das Kapitel zur Entstehung des ZFD hat gezeigt, dass immer mehr zum Ergebnis kommt, dass nachhaltige Entwicklung gefördert werden können, wenn ein ganzheitliches entwicklungs- und politikpolitisches Konzept auch die politischen Begleitumstände im Partnerland mit in Rechnung stellt. Aufmerksames Monitoring und frühzeitig eingeleitete Präventionsmaßnahmen können im Rahmen der EZ dazu beitragen, Stabilität im Umfeld der EZ-Projekte zu fördern und Konflikte konstruktiv zu bewältigen. Die Aussicht auf Erfolg und die Effizienz der Friedenshaltung bzw. –wiederherstellung mit den Mitteln der EZ sollte jedoch nicht überschätzt werden.

„Einmischung von außen, durch Prävention, Friedensschaffung, Friedenssicherung und Friedenskonsolidierung, ob mit nichtmilitärischen oder militärischen Mitteln ist letztlich immer nur von sekundärer, subsidiärer Bedeutung. Entscheidend sind hingegen vor Ort, die Eigendynamik kriegerischer Konflikte, die Dialogbereitschaft und der Friedenswillen der Konfliktparteien. Wenn der Wille zur Kooperation mit der sich einmischenden Weltgemeinschaft grundsätzlich vorhanden ist, besteht eine gute Aussicht auf friedenspolitischen Erfolg. Wenn nicht, ist die Gefahr groß, zum ohnmächtigen Zeugen oder Spielball des Konflikts zu werden.“<sup>1</sup>

### Begriffsdefinitionen

Die zentralen Begriffe dieser Arbeit sind *Konflikt*, *Krise*, *Katastrophe* und *Krisenmanagement*. Sie sollen zunächst erklärt und in Bezug zur Themeneinstellung hin genau eingegrenzt werden.

Ein *Konflikt* ist im allgemeinen definiert als ein Interessengegensatz zwischen zwei oder mehreren Streitparteien, der von diesen als unvereinbar wahrgenommen wird. Weiterhin sind Konflikte dadurch gekennzeichnet, dass es für die beteiligten Parteien darauf ankommt, durch den Einsatz von Macht und Einflussmitteln eine Niederlage des Gegners herbeizuführen oder die eigene Niederlage zu verhindern.<sup>2</sup> Nach ihrem Inhalt lassen sich folgende Konflikttypen grob unterscheiden:

- Punktuelle oder langfristige Konflikte
- Persönliche, Gruppen- oder zwischenstaatliche Konflikte
- Konflikte um Macht, Status, Einkommen, Rechte
- Konflikte um Identität oder Zugehörigkeit zu einem System

<sup>1</sup>Matthies, Volker: Immer wieder Krieg? Opladen 1994, S.95f

<sup>2</sup>Fuchs, Werner/Klima, Rolf u.a. (Hg.): Lexikon zur Soziologie, Frankfurt 1988, S.410

Konflikte sind je nach Stärke der beteiligten Gruppen durch ein symmetrisches oder asymmetrisches Kräfteverhältnis gekennzeichnet.

Dabei gelten Konflikte als eine Grundform sozialer Beziehungen in allen Gesellschaften und Staaten; vielfältige verschiedenartige und unterschiedlich intensive Konflikte in allen Bereichen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft sind ein Kennzeichen pluralistischer Gesellschaften.<sup>3</sup> Für die meisten Arten von Konflikten gibt es innerhalb der Gesellschaft akzeptierte Austragungs-Mechanismen und soziale Steuerungsformen (Diskussion, Vertrag, Wahl, Abstimmung etc.)

Somit kommt dem Konflikt als Motor gesellschaftlicher Veränderungen und Vehikel von Fortschritt<sup>4</sup> und Austausch eine durchaus konstruktive Bedeutung zu. In einigen Fällen werden Konflikte sogar institutionalisiert und nach festgelegten Regelungsmechanismen ausgetragen (z.B. Tarifkonflikt, Streik). Andererseits werden Konflikte auch oft als bedrohlich für die Kernstruktur einer Gesellschaft wahrgenommen und deshalb nicht offen ausgetragen bzw. tabuisiert, bis hin zur Schaffung von Ventilinstitutionen, die die Spannungen kanalisieren und ableiten helfen (z.B. Sport, Medien).

Lang andauernde Konflikte ohne Lösung können auch zum Selbstzweck degenerieren<sup>5</sup> und schließlich auch Teil der Identität der betroffenen Gruppe werden. Latent schwelende, aber nicht offen ausgetragene Konflikte können in manifeste Formen der Artikulation und Austragung münden, wenn ein auslösendes Moment das Spannungspotential erhöht.

Im Rahmen dieser Arbeit sind vor allem Konflikte von Bedeutung, die nicht mehr im Rahmen der allgemein gesellschaftlich akzeptierten Normen und Bewältigungsstrategien bewältigt werden, sondern *gewaltsame* Formen der Austragung angenommen haben. Hier handelt es sich sowohl um *innergesellschaftliche* wie *zwischenstaatliche* Konflikte, jedoch nur im Ausnahmefall um Konflikte zwischen einzelnen Individuen oder kleinen Gruppen. D.h. der Zivile Friedensdienst richtet sich fast ausschließlich auf *längerfristige* Konflikte, bei denen in irgendeiner Form eine Staatsmacht involviert ist. Dabei gilt jedoch zu beachten, dass viele Theorien aus der soziologischen Konfliktforschung, insbesondere diese, die auf die soziale Normierung und Regelung von Konfliktverläufen abzielen, in Anwendung auf die staatliche Ebene nicht mehr greifen.

„In der Konfliktforschung werden internationale Konflikte lediglich als eine Kategorie unter zahlreichen anderen Konflikten – von Ehekonflikten oder den Kleingruppenkonflikten bis zu den globalen Konflikten – behandelt, meist ohne den spezifischen Cha-

<sup>3</sup>Beck, Reinhart (Hg.): Sachwörterbuch der Politik, Stuttgart 1986, S. 491ff

<sup>4</sup>Kerber, Harald/Schmieder, Arnold (Hg.): Handbuch Soziologie, Hamburg 1991, S. 290ff

<sup>5</sup>Reinhold, Gerd/Lamnek, Siegfried u.a. (Hg.): Soziologie-Lexikon, München, Wien, 1991, S. 312f

rakter von Konflikten in einem System ohne übergeordnete Konfliktregulierungsinstanz zu berücksichtigen.“<sup>6</sup>

Im Rahmen dieser Arbeit bedeutet dies, dass die sehr weiträumige Bedeutung des Begriffes „Konflikt“ und damit auch die folgenden Theorien zur Konfliktbearbeitung nur teilweise anwendbar und übertragbar für das Thema ZFD sind. Das Schlagwort „zivile Konfliktbearbeitung“ wird auf den eingegrenzten Bereich der politischen, also nicht der privaten Konflikte verwendet.

„Zivile Konfliktbearbeitung (ZKB) versteht sich als der bewusste Einsatz nicht militärischer Mittel zur Vermeidung, Beilegung und Nachsorge gewaltsamer Auseinandersetzungen.“<sup>7</sup>

Ein zweiter häufig auftauchender Begriff in der Diskussion um den ZFD ist die „Krise“, die üblicherweise zwischen „Konflikt“ und „Krieg“ angesiedelt wird. Sie bezeichnet die Zuspitzung eines innergesellschaftlichen oder zwischenstaatlichen Konfliktes zu einem Höhepunkt, an dem die Gefahr eines gewaltsamen Streitaustrags besteht. In diesem intensivierten Spannungszustand treten oft die üblichen Normen wie Sicherheit, Ordnung, Stabilität oder Harmonie und Gesundheit in den Hintergrund und weichen Instabilität und Unberechenbarkeit<sup>8</sup> (was auch der Krise die Bedeutung von Chance zur Korrektur verhärteter Mißstände ermöglicht). Krisensituationen sind gekennzeichnet von einer raschen Aufeinanderfolge von Ereignissen, die zumeist nur noch von wenigen Akteuren gesteuert werden, die entscheiden, ob der Konflikt weiter in eine bewaffnete Auseinandersetzung und in einen Krieg eskaliert, oder ob eine Wende zur Wiederherstellung und Festigung des Friedens möglich ist.<sup>9</sup> Krisen entstehen, wenn latente oder manifeste Konflikte durch veränderte Bedingungen so starke Spannungen erzeugen, dass die bisherigen Steuerungsmechanismen nicht mehr ausreichen und unkonventionelle, also zumeist gewaltsame Lösungsstrategien gesucht werden. Vor allem das erhöhte Moment an Irrationalität, das in Krisensituationen die Akteure oft befällt, weil sie unter erhöhtem Druck und Streß agieren, ist t Auslöser für Gewalt als Bewältigungsver such.

Im Gegensatz zu Konflikten sind Krisen punktuell auf tretende, zeitlich begrenzte Übergangssituationen, in denen Entscheidungen über den Verlauf eines Konfliktes getroffen werden. Das schließt jedoch nicht aus, dass in vielen Ländern extreme Lebensbedingungen und kri-

<sup>6</sup>Nohlen, Dieter (Hg.): Lexikon der Politik, Bd. 6, München 1994, S. 273

<sup>7</sup>Brinkmann, Cornelia: Zivile Konfliktbearbeitung – Friedensfachdienst – Ziviler Friedensdienst, in: Evers, Tilman (Hg.): Ziviler Friedensdienst, Opladen 2000, S. 35-47

<sup>8</sup>Lippert, Ekkehart/Wachtler, Günther (Hg.): Frieden, Opladen 1988, S. 250ff

<sup>9</sup>Nohlen, Dieter, a.a.O., S. 272

senhafte Situationen zum Alltag geworden sind<sup>10</sup> und die Intervalle zwischen den einzelnen Eskalationen so kurz sind, dass von Friedensphasen dazwischen nicht mehr ausgegangen werden kann.

Aus der Abgrenzung der Begriffe Konflikt und Krise wird deutlich, dass es Interesse und Aufgabe des ZFD sein muss, Krisen zu verhindern (*Krisenprävention*), Konflikte jedoch als Chance zu Verbesserungen in der Gesellschaft zu erkennen und Instrumentarien zu vermitteln, wie sie friedlich und konstruktiv gelöst werden können (*Konfliktmanagement, Konfliktbearbeitung*).

## **Konfliktursachen im Arbeitsfeld der EZ**

Jeder Ansatz zur Bewältigung einer Krise bedarf zunächst einer sorgfältigen Analyse der langfristigen Ursachen und der auslösenden Momente des Konflikts. Weiterhin muss in jedem Einzelfall spezifisch nach denjenigen Faktoren gesucht werden, die evtl. krisenverschärfend oder -mildernd wirken können.

Im Arbeitsumfeld der EZ haben sich gewaltsam ausgebrachte Konflikte schwerpunktmäßig an den im Folgenden in loser Reihenfolge aufgeführten Ursachenkomplexen entzündet:<sup>11</sup>

- *Verteilungskämpfe*, bei denen ethnische und religiöse Aspekte für den Machterwerb instrumentalisiert werden, insbesondere, wenn sie im Prozess der Staatsbildungs- oder Staatsauflösungsprozesse einhergehen.
- *knappe Ressourcen* unmittelbarer Lebensgrundlagen, die durch starkes Bevölkerungswachstum, Naturkatastrophen, Mißwirtschaft oder Umweltzerstörung weiterreduziert werden. Besonders brisant sind Nutzungskonflikte um knappe Wasser- oder Bodenreserven
- *koloniale Grenzziehungen* verhindern bzw. verlangsamen Staatsbildungsprozesse und führen zu gesellschaftsinternen wie internationalen Spannungen
- *Modernisierungsprozesse* führen zu starkengesellschaftlichen Strukturveränderungen mit sich verschärfenden Disparitäten; diese werden durch Migrations- und Urbanisierungsprozesse noch vertieft
- Ausfälle oder das völlige *Versagen staatlicher Autorität* eröffnen rivalisierenden Interessengruppen die Möglichkeit zum gewaltsamen Machtkampf

---

<sup>10</sup>Kreidler, Corinna: Möglichkeiten und Grenzen der deutschen EZ im Bereich der Krisenprävention, in: Bündnis 90/die Grünen (Hg.): Konfliktprävention als Aufgabe der EZ, Nürtingen 1996, S. 12ff

<sup>11</sup>Nach Wissing, Thomas: Mögliche Beiträge der Entwicklungszusammenarbeit zur Krisenprävention, Berlin 1995, S. I

- *Aufrüstung und Militarisierung* erhöhend das Gewaltpotential bei der Konfliktbewältigung<sup>12</sup>

Alle diese Konfliktursachen beruhen auf langfristig en, strukturellen Problemen, die eine Gesellschaft an einer vitalen Stelle berühren. D.h. dass sich die meisten gewalttätig eskalierten Krisen auf Umstände zurückführen lassen, die sich schon langfristig deutlich abzeichnen und deren Konfliktpotential abzusehen war. Solche tiefgreifenden Spannungen innerhalb einer Gesellschaft frühzeitig zu erkennen und nach tragfähigen Lösungen zu suchen ist mit Sicherheit die effektivste, wenn auch der aufwendigste und komplizierteste Weg zur Krisenprävention.

Dabei gilt natürlich zu beachten, dass politische Krisen nie monokausal zu erklären sind, sondern stets aus einem Geflecht von Ursachen entstehen, die in gegenseitiger Abhängigkeit stehen.

Indikatoren für die (Nicht-)Lösbarkeit von Konflikten<sup>13</sup>

### **Identitätsfragen:**

Besonders schwierig ist die Lösung von Konflikten, die Identitätsfragen der Kontrahenten berühren, da ideelle Werte nicht verhandelbar sind und somit auch nicht kompromißfähig sind.<sup>14</sup>

Dagegen erweisen sich Interessen- oder Besitzkonflikte oft als einfacher lösbar, da sie mit konkreten Kompromißvorschlägen behandelt werden können. Wenn jedoch menschliche Grundbedürfnisse wie die Zugehörigkeit zu einer Gruppe, Partizipation an politischen Prozessen, Sicherheit oder die Anerkennung der eigenen Identität auf dem Spiel stehen, tendiert die Bereitschaft der Betroffenen, einen Interessenausgleich zu finden, meist gegen Null.

Die **subjektive Einschätzung** der Bedrohung spielt eine wichtige Rolle bei der Eskalation eines Konfliktes: Je mehr sich die betroffene Gruppe in einer unkontrollierbaren Notwehrsituation gefangen fühlt, desto höher ist die Bereitschaft, sich mit allen Mitteln zur Wehr zu setzen und Gewalt als legitime Option anzusehen. Im Vermittlungsprozess kommt es daher darauf an, allen betroffenen Parteien Einsicht in die eigenen Handlungsspielräume außerhalb von militärischer Gewalt nahezubringen.

<sup>12</sup> siehe dazu: Schmiege, Evita: Krisenprävention durch Entwicklungszusammenarbeit?, in: Engel, Ulf/Mehler, Andreas (Hg.): *Gewaltsame Konflikte und ihre Prävention in Afrika*, Hamburg 1998, S. 61–76, S. 64ff

<sup>13</sup> nach Wissing, Thomas, a.a.O., S. 15f

<sup>14</sup> siehe Rupesinghe, Kumar: Transformation innerstaatlicher Konflikte, in: Ropers, Norbert/Debiel, Thomas (Hg.): *Friedliche Konfliktbearbeitung in der Staat- und Gesellschaftswelt*, Bonn 1995, S. 279–294, S. 282

**Ungleiche Machtverteilung** zwischen den streitenden Gruppen ist ungünstig für einen fairen Interessensausgleich. Vor allem wenn noch ethnische oder Identitätsaspekte eine Rolle im Konflikt spielen, kann die Kompromißfähigkeit begrenzt sein. Je asymmetrischer die Ausgangssituation in puncto Handlungskompetenzen der Konfliktparteien ist, desto schwieriger wird es, eine für beide Seiten akzeptable Kompromißlösung zu finden.

**Die historischen Hintergründe** und eine langjährig ausgeprägte Gewaltdynamik des Konflikts behindern oft seine rasche Bewältigung: Je länger die historischen Wurzeln und je mehr die Geschichte eines Konfliktes von Gewalt geprägt ist, desto schwieriger wird die Überwindung der trennenden Faktoren. Die Konflikttintensität steigt mit der wachsenden Identifikation der Parteien mit ihrer Position, so dass Polarisierungs- und Verselbständigungstendenzen zunehmen. Der Konflikt kann, wie z.B. im Sudan oder in Angola, für Generationen zur einzig bekannten Lebensform werden.

Das **auslösende Moment** (*triggering factor*) muss nicht immer mit den langfristigen Ursachen einer Krise in engem Zusammenhang stehen. Oft lassen Medienberichte, Verhaftungen politischer Gegner, politische Kundgebungen, Waffenlieferungen oder auch Unglücksfälle und vor allem anstehende Wahlen eine Situation eskalieren, die schon länger durch eine deutlich aufgeladene und angespannte Atmosphäre gekennzeichnet war, deren akutes Gewaltpotential jedoch nicht genau eingeschätzt werden konnte und auch in der gegenwärtigen Situation nicht ausreichend erfasst wird.

Als krisenverschärfende oder –mildernde Faktoren gelten diejenigen Begleitumstände eines Konfliktes, die zwar ursächlich nicht mit dem Problemkomplex in Zusammenhang stehen, die Intensität der Auseinandersetzung jedoch beeinflussen können. Dazu zählen so unterschiedliche Faktoren wie z.B. das gegebene militärische Potential der Konfliktparteien, Erntegergebnisse, das Bildungsniveau der betroffenen Bevölkerung oder die geographischen und ökologischen Umstände im Krisengebiet.

Doch auch statistische Auswertungen über die Häufigkeit von Konfliktursachen oder die vergleichende Analyse von Begleitumständen können nicht dazu führen, dass Krisen und somit auch ihre Bewältigung vorhersehbar und nach einem Schema zu behandeln wären. Der Ausbruch eines gewaltsamen Konfliktes folgt meist auf eine so komplexe und interdependente Verflechtung von Faktoren hin, dass keine genauen Vorhersagen getroffen werden können.

„und einen Krisendeterminismus nicht gibt.“<sup>15</sup> Demnach kann nur eine dem Einzelfall angepasste, möglichst breit angelegte Situationsanalyse dazu beitragen, möglichst früh die Gefahr der Eskalation eines Konfliktes abzusehen und mit rechtzeitig eingeleiteten Steuerungsmaßnahmen die Anwendung von Gewalt zu verhindern oder zumindest einzudämmen.<sup>16</sup>

### ***Psychologische Faktoren***

Nebensachlichen Divergenzen, die zur Entstehung einer Krise beitragen, gibt es psychologische und gruppendynamische Mechanismen, die zur Eskalation beitragen können. Er-schwert wird die genaue Bestimmung von Krisenursachen oft durch das Phänomen der „Ver-selbständigung“ von Konflikten, die schon länger auf einer unteren Eskalationsstufe schwe-len, ohne jedoch vollends virulent ausgetragen zu werden. Die eigentlichen Konfliktursachen lassen sich vor allem bei Auseinandersetzungen mit einer ethnischen Komponente oft nicht mehr nachverfolgen, statt dessen hat sich der Konflikt in Feindbildern verfestigt oder gar staatlich institutionalisiert (z.B. durch die Gründung von Parteien mit rein ethnisch definierter Klientel). Der Konflikt verliert an objektiven Begründungen und folgt immer mehr subjektiven Bewertungs-Maßstäben.<sup>17</sup> Oft besteht auch die Gefahr der Vermischung unterschiedlicher Konfliktursachen: Aus Unzufriedenheit über Armut, Unterdrückung oder ungerecht verteilte Ressourcen werden ethnische Differenzen als Erklärungsmuster bemüht. Ebenso werden in den einzelnen Konfliktphasen auch unterschiedliche Erklärungsmuster für die eigenen Frustrationen herangezogen. So kann ausbleibender Regen im ersten Jahr durch ungünstiges Schicksal oder spirituelle Probleme innerhalb der Gesellschaft erklärt werden. Im fünften Jahr der Dürre und bei steigender persönlicher Bedrohung werden dann aber immer mehr Gründe im ethnischen und politischen Bereich für die Misere herangezogen, bis es zu einem gewalt-samen Kampf mit benachbarten Gebieten um die knappen Ressourcen kommt. In solchen Fällen kann es wichtiger werden, nach konkreten Möglichkeiten der aktiven Befriedung eines Konfliktes zu suchen, statt sich an einer unbefriedigenden Ursachenforschung ab-zuarbeiten. Die Bedeutung der Ursachenforschung soll mit diesem Argument nicht ge-schmälert werden. Die meisten Konflikte können tatsächlich gewaltfrei gelöst werden, wenn es gelingt, sie in der Entstehungsphase zu erkennen und zu thematisieren. Erst im akuten Krisenfall und bei lang anhaltender Gewaltanwendung kann es richtig sein, auf die Klärung der Konfliktursachen zu verzichten, um zunächst ein gewaltfreies Status Quo herzustellen und dann neue Lebensperspektiven für die Betroffenen zu entwickeln.

---

<sup>15</sup>Wissing, Thomas, a.a.O., S.7

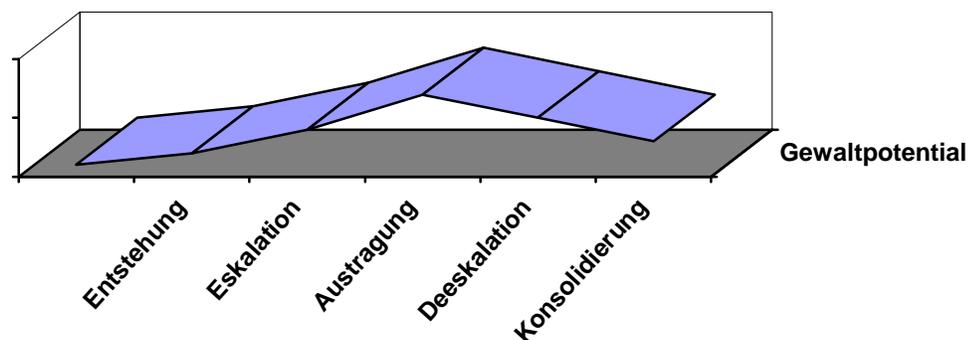
<sup>16</sup>Siehe dazu: Matthies, Volker, 1994, a.a.O., S.20f

<sup>17</sup>Schmiege, Evita, a.a.O. S.74

## Konfliktphasen

Die idealtypische Beschreibung von gewaltsamen kalibrierten Konflikten unterscheidet fünf Phasen der Krisenentwicklung, die in fließender Reihenfolge sukzessive ablaufen.<sup>18</sup> In der Realität werden jedoch in vielen Fällen auch Stagnationsphasen durchlaufen oder Konfliktverläufe entwickeln sich auch sprunghaft vor- und rückwärts.

Ausgehend von einem angenommenen Ausgangspunkt mit einem sehr niedrigen Gewaltpotential im System verdichten sich in der Entstehungsphase die Konfliktursachen, bis sie in der Eskalationsphase von den in der beobachteten Gruppe vorhandenen Konfliktlösungsmechanismen nicht mehr bewältigt werden können. In der Austragungsphase steigt die Bereitschaft zum gewaltförmigen Konfliktaustrag kontinuierlich an.



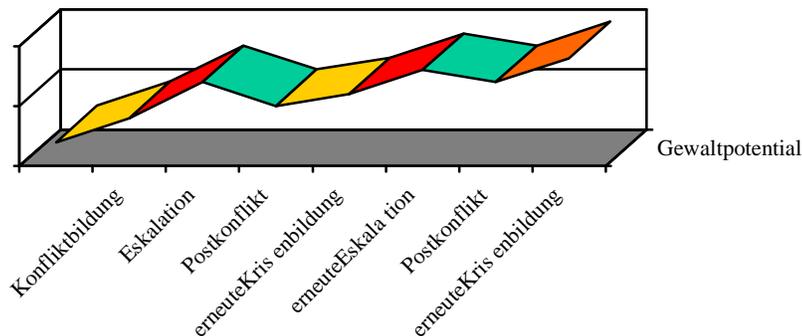
In der Austragungsphase wird der Konflikt von den Kontrahenten mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln ausgefochten, hier liegt das Gewaltpotential am höchsten. In der Deeskalationsphase werden Mittel zur Beilegung des Konflikts der Betroffenen angewendet, bis sich in der Konsolidierungsphase ein neuer Status Quo ergibt, ausgehandelt durch das Argumentationspotential der Konfliktpartner. Sollte in der Deeskalations- und der Konsolidierungsphase ein Kompromiß gefunden werden, mit dem eine der betroffenen Parteien sich nicht ausreichend identifizieren kann, liegt das Krisen- und Gewaltpotential trotz relativer Entspannung gegenüber der Eskalation höher als zum Ausgangspunkt. Damit wird einer neuer Konflikt wahrscheinlicher.

Im negativsten Fall entsteht eine Kette von Konflikten, deren Konsolidierungslage jeweils ein höheres Gewaltpotential aufweist als in der vorherigen Situation und deren Eskalationsphasen

<sup>18</sup> Klingebiel Stephan: Krisenprävention und Konfliktbearbeitung – Möglichkeiten und Handlungsfelder der Entwicklungszusammenarbeit, Berlin 1996, S.5f

in immer kürzeren Abständen auftreten und immer längere Zeiträume beanspruchen (Treppenmodell).

### Negatives Konfliktszenario (Treppenmodell)



#### Entstehungsphase

Die oben angeführten Konfliktursachen verdichten sich, und die Bereitschaft der Beteiligten, den Konflikt auch gegenüber Widerständen auszutragen, nimmt zu. Evtl. schon lange vorhandene Konfliktursachen gewinnen für die Betroffenen an Bedeutung, bis dieser Zustand subjektiv als untragbar empfunden wird. In dieser Phase sind die Kontrahenten meist noch nicht fest in Interessengemeinschaften formiert und durch rasche Lösungen zu Frieden zustellen.

#### Eskalation des Konflikts/Akzeptanz von Gewalt:

Die Eskalation eines Konfliktes bis zu einem Punkt, an dem Gewalt als Mittel der Durchsetzung von Interessen akzeptiert wird, ist die neuralgische Phase der Konfliktbewältigung. In der Eskalationsphase steigt die Bereitschaft der Beteiligten, sich ihr subjektiv empfundenen Recht mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verschaffen. Es kommt zur Formierung von Gruppen, mit denen sich die Beteiligten umso eher identifizieren, je stärker der Widerstand der gegnerischen Partei zunimmt. Im Falle staatlicher Konflikte wird hier oft aufgerüstet und militärische Strategien als Lösungsoptionen in Betracht gezogen.

Während der Eskalationsphase suchen die beteiligten Konfliktparteien oft nach Verbündeten, um die eigene Verhandlungsposition zu stärken. In diesem Stadium ist es wichtig, eine Verhärtung der Fronten und eine Verselbständigung des Konfliktes, weg von seinen eigentlichen Ursachen, zu verhindern. In der Eskalationsphase genügen oft schon minimale auslösende Faktoren, um die noch gewaltfreie Kommunikation mit der anderen Partei aufzukündigen und zu den Waffenzugreifen.

Die frühzeitige Erkennung von Indikatoren wachsende r Gewaltbereitschaft innerhalb einer Gesellschaft sollte ein Kernbereich des ZFD werden. Nationale und internationale Organisationen sollten in potentiellen Krisengebieten systematisch zur Überwachung von Krisenindikatoren beitragen und sich in Netzwerken austauschen. Die Informationssammlung kann Gebern dazu dienen, frühzeitig Mittel für Krisenprävention smaßnahmen bereitzustellen. <sup>19</sup>

### ***Innergeseellschaftliche Konfliktdiffusion***

Angelika Spelten beschreibt den Eskalationsverlauf von politischen Konflikten als Prozess der Diffusion innergesellschaftlicher Gewalt durch die Hierarchieebenen der Gesellschaft von oben nach unten (Trickle-down-Effekt). <sup>20</sup> Dieses Modell geht davon aus, dass in einer Gesellschaft die Eliten etwa durch ein Patronagesystem mit Anhängern in allen gesellschaftlichen Schichten verbunden sind. Kommt es innerhalb der Elite zu Konkurrenz, mobilisieren und instrumentalisieren die Eliten ihre Klientel zur Durchsetzung ihrer Interessen.

### **Speltenmodell:**

<b>Eskalationsphasen</b>	<b>Akteure</b>	<b>Ablauf der Konflikteskalation</b>	<b>Instrumente der Deeskalation</b>
Phase 1 Konfliktbildung	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Politische Elite</li> <li>- Militärische Autoritäten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Mobilisierung von Staatsapparat, Verwaltung, Justiz, Polizei</li> <li>- Behinderung und Unterdrückung politischer Opposition</li> <li>- Unterdrückung unabhängiger Medien</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Menschenrechtsbeobachtung</li> <li>- Wahlbeobachtung</li> <li>- Ausbildung für Sicherheitskräfte</li> <li>- Demobilisierung</li> </ul>
Phase 2 Konfliktausweitung	Formale und informelle Funktionsträger: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Verwaltungsbeamte</li> <li>- Sicherheitskräfte</li> <li>- Justiz</li> <li>- Medien</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Provokation der gegnerischen Partei zu Gewaltanwendung</li> <li>- Erweiterung der Kompetenz der Sicherheitsorgane</li> <li>- Diffamierung des Gegners mit Hilfe der Medien (Ethnisierung, Kriminalisierung)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Informationsverbreitung nach Innen und Außen</li> <li>- Diplomatische Sanktionen</li> <li>- Waffenembargo</li> <li>- Ausbildung von Multiplikatoren in gewaltfreier Konfliktlösung</li> <li>- Förderung der Zivilgesellschaft</li> <li>- Schutz für bedrohte Personen</li> </ul> Unterstützung unabhängiger

<sup>19</sup> ebda, S. 7

<sup>20</sup> Spelten, Angelika: Gewaltprävention – Eine neue Aufgabe auch für die Entwicklungspolitik?, in: Theorie und Praxis ziviler Konfliktbearbeitung, Dialog 30/1, Zürich 1996, S. 237-248, S. 241 ff

			gerMedien
Phase3 Eskalation derGewalt	AkteureaufDorfebene: - Älteste - Bürgermeister - Kirchen - LehrerInnenInnen - Frauengruppen - Jugendgruppen - Produktionsgruppen - Selbsthilfeinitiativen	- Mobilisierungder BevölkerungzurGe- waltanwendunge- gegenüberderKlientel desGegners - EinsatzderSicher- heitskräftezurVer- nichtungdesGegners	- Politischeundöko- nomischeSanktionen - HumanitäreHilfe - Evtl.militärischeIn- tervention

Sukzessive werden durch die politischen und militärischen Eliten die Schaltzentralen der Macht (Medien, Justiz, Sicherheitsorgane) für ihre Interessen mobilisiert und anschließend die gesamte Klientel innerhalb der Bevölkerung in den Konflikt mit einbezogen. Durch die Vergabe von Posten und Privilegien werden die Klienten an den Patron gebunden, bzw. durch repressive Maßnahmen zur Kooperation gezwungen.

In der Eskalationsphase wird die Autorität der Sicherheitskräfte erweitert und der Staatsapparat zur Repression des Gegners eingesetzt. Außerdem wird die gegnerische Partei gezielt diffamiert, ausgegrenzt und kriminalisiert. Feindbilder werden verfestigt und propagiert, bis schließlich die Klientelbevölkerung zur Überwältigung der gegnerischen Seite auch auf Dorfebene mobilisiert wird. Es ist also ein schrittweise Ausweitung der konflikttragenden Parteien von den Eliten über gesellschaftliche Multiplikatoren und die Sicherheitskräfte nach unten zur dörflichen Bevölkerung zu beobachten.

### Austragungsphase

Im Ablauf einer modellhaften Beschreibung von Konfliktphasen folgt auf die Eskalationsphase ohne Intervention von außen eine Austragungsphase. In ihr sieht mindestens eine der Konfliktparteien für sich keine andere Lösungsmöglichkeit als die gewaltsame Durchsetzung ihrer Anliegen. Die Dynamik der Konfliktentfaltung nimmt zu, und das Interesse der beteiligten Parteien fokussiert sich zunehmend auf den Konfliktgegenstand. Die Kontrahenten nutzen alle ihnen zur Verfügung stehenden materiellen und menschlichen Ressourcen, um den Gegner zu überwinden und den Konflikt für sich zu entscheiden. Oft wird dabei das gesteckte Ziel weit über die anfänglichen Interessen hinaus erweitert auf die Kontrolle über wichtige Lebensgrundlagen der anderen Partei. Mit diplomatischer, ökonomischer und militärischer Macht wird gekämpft, auch wenn die internationale Gemeinschaft Sanktionen verhängt und die Kontrahenten zur gewaltfreien Konfliktbewältigung auffordert. Allerdings ist in den meisten

Fällendie Intensität der Konfliktaustragung asymmetrisch verteilt, und in der beteiligten Parteien wendet mehr Interesse und Energie für die Austragung des Streites auf als die andere. In dieser Phase besteht die Gefahr einer freiwilligen Isolation der Konfliktparteien von der Weltöffentlichkeit, der Verständnislosigkeit oder unberechtigte Einmischung vorgeworfen wird. Es wird immer schwieriger, die Dialogbereitschaft der Kontrahenten zu fördern und die Gewaltbereitschaft einzudämmen. Oft ist in diesem Moment keine andere Einflussmöglichkeit als die (militärische) Intervention der VN oder humanitäre Nothilfe möglich.<sup>21</sup>

### Deeskalationsphase

Im Allgemeinen wächst das Interesse an einer Mediation von außen erst wieder, wenn eine Konfliktpartei einen deutlichen Sieg davon getragen hat oder die Situation durch die hohen Folgekosten des Konfliktes aussichtslos geworden ist. Angebote zur Vermittlung und zu Verhandlungslösungen werden vor allem von den Konfliktparteien akzeptiert, wenn sie eine Verbesserung der Situation unter „Wahrung des Gesichtes“ in Aussicht stellen.

In der Deeskalationsphase wird militärische Gewalt immer noch angewendet, doch steigt die Akzeptanz von Verhandlungslösungen, Waffenstillständen und Friedensverträgen an, wenn es den vermittelnden Instanzen gelingt, Lösungsmodelle im beiderseitigen Interesse zu entwickeln. Ein besonderer Weg zur Deeskalation kann mit Hilfe der Machtmediation z.B. von Seiten der VN oder ECOMOG beschritten werden. Durch die Intervention fremder Truppen kann im Krisengebiet ein Waffenstillstand erzwungen und damit die Verletzung der Menschenrechte kurzfristig unterbrochen werden.

### Konsolidierungsphase

Die Postkonfliktsituation ist meist durch labile innergesellschaftliche Strukturen, politische Wandlungsprozesse und ein weiterhin hohes Gewaltpotential der Konfliktparteien gekennzeichnet. Erlittenes Unrecht und Not durch verknappte Ressourcen führen bei großen Bevölkerungsanteilen zu Frustration und Rachewünschen, die eine zukünftige Kooperation und stabile Gesellschaftsstrukturen beeinträchtigen können.

In dieser Phase ist die Gefahr besonders groß, dass sich die Kombattanten erneut in gewaltsamen Konflikten verstricken, wenn sie nicht das Gefühl erhalten, beim Prozess der Neuverhandlung der Beziehungen ausreichend berücksichtigt zu werden.

„Je mehr eine aktuelle konflikthafte Situation in der kollektiven Wahrnehmung mit einer konflikthafte Situation in der Vergangenheit übereinstimmt, umso größer ist die

---

<sup>21</sup> siehe dazu auch: Lund, Michael: Preventing violent conflicts, Washington 1996

Gefahr, dass auch bei der Strategie der Konfliktbearbeitung auf alte Muster zurückgegriffen wird (Effekt der ‚Self-fulfilling Prophecy‘).<sup>22</sup>

*Postconflict-peacebuilding* ist daher eine der Schlüsselaufgaben für eine nachhaltige Befriedung gewaltsamer Konflikte.

## **Bewältigungsstrategien: Beiträge von EZ und ZFD zur Konfliktlösung**

Aus den verschiedenen Phasen eines Konfliktverlaufs können unterschiedliche Maßnahmen der Konfliktbewältigung auf ziviler Ebene, bis hin zum Einsatz militärischer Mittel abgeleitet werden. Die traditionelle EZ hat einen ganzen Katalog von Instrumenten entwickelt, die in ihren Auswirkungen oft friedenssichernde Effekte bewirken, in ihrer Zielrichtung jedoch nicht dezidiert auf Konfliktaustragung sind: Armutsbekämpfung, Ressourcenschutz, Bildung oder die integrative Förderung von Randgruppen, also alle Maßnahmen mit strukturverbessernder Tendenz, die nachhaltig die Friedensfähigkeit der betroffenen Gesellschaften unterstützen. „Diese Ansatzpunkte sind sinnvoll und sollten genutzt werden; sie sollten aber zugleich im Hinblick auf sichtbare oder meßbare Ergebnisse keinesfalls überschätzt werden. Die EZ kann vorrangig nur eine unterstützende Rolle bei Friedensbemühungen spielen.“<sup>23</sup> Denn die gängigen Verfahren der EZ zielen in ihrer Absicht und Anlage nicht primär auf die langfristige Prävention von Konflikten, sondern sehen diese höchstens als begrüßenswerten „Nebeneffekt“.

Es ist also notwendig geworden, Gewaltvermeidungsstrategien ausdrücklich in das Zentrum der Aufmerksamkeit bei der Planung ganzheitlicher EZ-Vorhaben zu rücken. Dieses Feld wird nun durch den ZFD mittelsspezifischer Maßnahmen abgedeckt. Mit den Mitteln der EZ und schließlich des ZFD können drei Hauptstrategien verfolgt werden: Krisenprävention, Deeskalation/Intervention sowie Konfliktnachsorge.

### **Krisenprävention**

Die Vermeidung von gewaltsam ausgetragenen Konflikten durch langfristig angelegte Präventionsmaßnahmen, die zum Ziel haben, strukturelle Konfliktursachen zu beheben, ist sicherlich der effektivste Ansatz zur Gewaltvermeidung. Vorallem in Post-conflict-Situationen ist es wichtig, das Gewaltpotential innerhalb der Bezugsgruppe einzuhegen und die Voraus-

<sup>22</sup> Spelten, Angelika: Wie erkennt man Krisenpotential?, in: E+Z3/2000, S. 70-72, S. 71

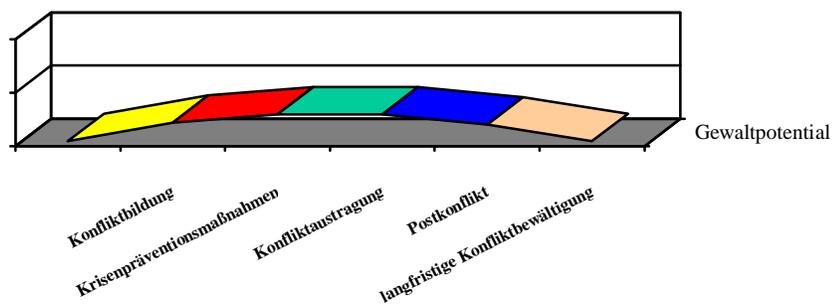
<sup>23</sup> Klingebiel, Stephan, a.a.O., Berlin 1996, S. 9

setzungen dafür zu schaffen, dass erneute Konflikte mit gewaltfreien Mitteln gelöst werden können. Damit wird die erneute Eskalation eines Konfliktes vermieden oder zumindest stark abgeschwächt. Die unter dem Kapitel „Krisenursachen“ oben beschriebenen strukturellen Konfliktgründe können oft mit den herkömmlichen Mitteln der EZ gelindert werden.

Mit den Mitteln der Diplomatie, der Sicherheits- und Außenwirtschaftspolitik können völkerrechtliche Vereinbarungen getroffen werden, die Integration der Konfliktgebiete in regionale Bündnisse erwirkt, wirtschaftliche Sanktionen verhängt oder Waffenlieferungen verhindert werden.

Aufgabe des ZFD soll es jedoch sein, in Ergänzung zu multilateralen Vereinbarungen und langjährigen Strukturumwandlungs-Maßnahmen vor allem kurzfristig ansetzende Strategien zur Gewaltbegrenzung in der Eskalationsphase von Konflikten anzubieten. „Die Zielsetzung einer so verstandenen Präventionsstrategie hat ganz bewusst nicht mehr die Konfliktursachen im Fokus, sondern die Eskalationsdynamik der Konfliktaustragung.“<sup>24</sup>

### Konfliktverlauf mit Krisen präventionsmaßnahmen



### Krisenpräventionsmaßnahmen des ZFD

Im folgenden soll ein Katalog von Maßnahmen vorgestellt werden, mit denen ZFD-Projekte in Abgrenzung zu den Arbeitsgebieten der herkömmlichen EZ dazu beitragen können, die krisenhafte Verschärfung von Konflikten in den Partnerländern zu vermeiden oder das Gewaltpotential im Konfliktgebiet zu senken.

### Earlywarning

Die Beobachtung und Analyse der politischen Veränderungen in einem Partnerland ermöglichen den rechtzeitigen Einsatz von Strategien zur Krisenvermeidung. In der konflikttheoretischen

<sup>24</sup>Spelten, Angelika, a.a.O. 1996, S.241

schen Literatur der letzten Dekade finden sich viel e Kriterienkataloge und Methoden zur frühzeitigen Erkennung und Klassifizierung latenter Konflikte und deren Indikatoren. Die rechtzeitige Erkennung von Krisenpotentialen sollte zu koordinierten Maßnahmenpaketen innerhalb der EZ, aber auch zu spezifischen Ansätzen durch den ZFD führen.

### **Kommunikation fördern**

Die Unterstützung unabhängiger Medien, Überwachung der Pressefreiheit, Fortbildung für Journalisten, Einrichtung von Diskussionsforen für alle Konfliktparteien und Angebote zum Jugendaustausch können eine Basis für eine intellektuelle Auseinandersetzung der Konfliktparteien untereinander bieten. Die Unterstützung von Forschungseinrichtungen, die sich uneinmündlich und neutral mit dem Konfliktgegenstand auseinandersetzen, hilft, das Problemsachverhalte und konstruktiv zu bewältigen und trägt zum gegenseitigen Verständnis und zur Analyse der Konfliktursachen und der Konfliktodynamik bei.

### **Friedensinitiativen unterstützen**

ZFD-Projekte können vor allem dann erfolgreich sein, wenn sie das vorhandene Konfliktlösungspotential in den Krisenregionen aufgreifen und Strukturen in den Partnergesellschaften stärken, die bereits Interesse an der Bewältigung der Probleme haben. Bevorzugte Partner für die Kooperation sollten also Organisationen der Zivilgesellschaft sein, die z. B. den Jugendaustausch zwischen den Konfliktgruppen fördern, Frauen- und Selbsthilfeinitiativen materiell unterstützen und technisch ausstatten, Dialogveranstaltungen ermöglichen, friedenspädagogische Inhalte in Schulcurricula einbringen oder die Opfer von Menschenrechtsverletzungen medizinisch, juristisch oder psychologisch betreuen.

### **Versöhnung fördern**

In Post-Konflikt-Situationen kann der ZFD die Arbeit von Wahrheits- und Versöhnungskommissionen unterstützen, Kriegsverbrechendokumentieren, Zeugenaussagen sammeln, den gesellschaftlichen Diskurs über die Ursachen des Konfliktes anregen oder Medien fördern, die Auswege aus der Gewaltspirale zur Diskussion stellen und Kooperationsprojekte zwischen den Konfliktparteien auf allen Ebenen anregen sowie Austauschforen ermöglichen.

### **Vertrauensbildende Maßnahmen**

Im Rahmen des ZFD können Projekte personell unterstützt werden, die die persönlichen Beziehungen zwischen den Konfliktparteien auf der Basisebene aufrecht erhalten und fördern.

Das bedeutet z.B. Nachbarschaftsgruppen, Produktion sgenossenschaften, Frauengruppen über die Konfliktgrenzen hinweg auszubauen. Wenn es gelingt, dass sich die Konfliktgruppen im Alltag in verschiedenen Bereichen friedlich treffen, z.B. auf dem Markt, in der Schule, in der Kirche, etc., wird das Risiko der Entpersonalisierung des Gegenübers deutlich gesenkt und damit auch die Bereitschaft, den Konfliktgegner mit Waffengewalt zu zerstören.

### **Minderheitenschutz**

Wenn (vor allem ethnische) Minderheiten in ihrer Gesellschaft nicht ausreichend geschützt werden, besteht oft ein erhebliches Konflikt- und Krisenpotential. ZFD-Aufgaben sind dann z.B. sein, zusammen mit lokalen Organisationen diskriminierende Rechtsnormen zu überarbeiten, Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren, Lobbyarbeit für Minderheiten zu unterstützen, Netzwerkbildungen zu fördern und mit den Medien Stereotypen und Feindbilder abzubauen.

### **Wahlbeobachtung**

In vielen Ländern sind die Zeiten vor und während Wahlen besonders bedroht von gewaltsamen Auseinandersetzungen. Wahlbeobachter können dieses Konfliktpotential eingrenzen helfen und mit der Absicherung fairer Wahlen zur Vermeidung potentieller Bürgerkriege beitragen.

### **Menschenrecht fördern**

Der ZFD kann personell lokale Menschenrechtsgruppen unterstützen und die Dokumentation von Zeugenaussagen sowie die Veröffentlichungen von Berichten fördern. In vielen Konfliktregionen haben sich bereits unabhängige NRO etabliert, die Menschenrechtsverletzungen beobachten und reportieren sowie ihre Zielgruppen über ihre persönlichen Rechte aufklären. Im Bereich Fortbildung für diese Akteure kann ebenso ein Tätigkeitsfeld für die ExpertInnen des ZFD liegen wie in der Beratung von staatlichen Menschenrechtsorganen.

### **Justiz und Gewaltenteilung stärken**

In politischen Krisensituationen sind eine unabhängige Justiz und die Einhaltung der Gewaltenteilung wichtige Eckpfeiler einer Kultur der Rechtsstaatlichkeit. Durch Fortbildungsmaßnahmen für Sicherheitskräfte und den Justizapparat kann deren Instrumentalisierung vorgebeugt werden. ZFD-Fachkräfte können beim Capacity-building in den Institutionen helfen, um die Unabhängigkeit gegenüber fremden Interessen zu verbessern.



### ***Interventionsmaßnahmen des ZFD:***

Im Rahmen des ZFD gibt es nur beschränkte direkte Interventionen. Ein Einsatzgebiet wäre z. B. die Bildung eines „environment for peace“. Dabei werden in den Konfliktgebieten gewaltfreie Zonen eingerichtet, in denen Kommunikation wieder möglich wird. Weiterhin gilt es auch im Falle der Eskalation eines Konfliktes regionale Friedensinitiativen zu stärken und lokalen Gruppen, die sich für eine friedliche Lösung des Konfliktes einsetzen, ein Forum zur Kommunikation bieten.

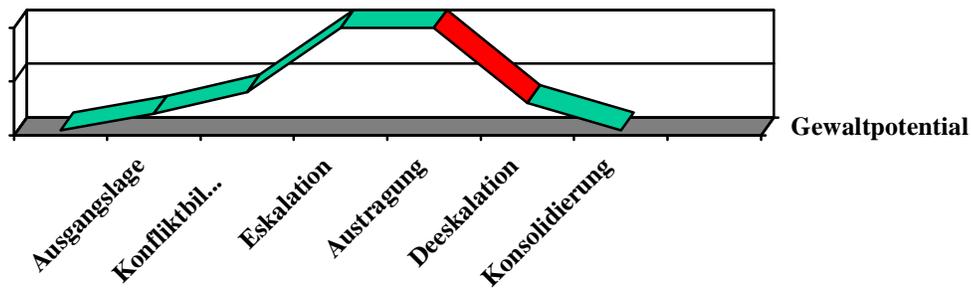
Im akuten Krisenfall kann der ZFD Projekte stärken, die Opferschutz anbieten, indem sie den Opfern des Konfliktes Zugang zu Medien, medizinischer Versorgung, oder Informationen über den Verbleib von Angehörigen verschaffen. Gleichzeitig können auch Zeugen von Kriegsverbrechen die Zielgruppe von ZFD-Projekten sein, wenn es gilt, den Opfern von Kriegsverbrechen ungefährteten Zugang zur internationalen Justiz verschaffen und die Zeugen psychologisch und materiell zu unterstützen. Programme zum Schutz von Zeugen dienen oft auch direkt der Überwachung der Menschenrechte. Durch die Dokumentation von Kriegsverbrechen und die Aufzeichnung von Zeugenaussagen und deren Weiterleitung an internationale Gerichtshöfe kann internationales Lobbying gegen Kriegsverbrecher erst wirksam werden.

NRO und Initiativen, die sich für Rüstungskontrolle in Krisengebieten einsetzen, sind auch wichtige Partner für ZFD-Projekte. Sie helfen auf lokaler Ebene den Waffenhandel zu beobachten und unterstützen Selbsthilfeinitiativen, die sich für Demobilisierung einsetzen. Davon profitieren internationale Lobbyisten, die sich gegen Waffenlieferungen an das Konfliktland einsetzen können.

### **Deeskalation**

Im Fall eines gewaltsam ausgetragenen Konfliktes werden Angebote zur Deeskalation und damit zur Gewaltbegrenzung von den Konfliktparteien meist erst dann angenommen, wenn sich eine militärische Lösung der Krise nicht abzeichnet, die Betroffenen aber bereits unter massiven Kriegsfolgen leiden. Auch wenn zu diesem Zeitpunkt bereitsein hoher Preis für die ungehinderte Eskalation der Krise bezahlt worden ist, dauert es in den meisten Fällen noch sehr lange, bevor auf staatlicher oder regionaler Ebene Maßnahmen zur Befriedung akzeptiert werden. Dabei sinkt das Gewaltpotential und steigt die Wahrscheinlichkeit einer konstruktiven Konfliktlösung, die eine Konsolidierungsphase auf niedrigem Gewaltniveau und mit deutlicher erhöhter Lebensqualität erlaubt.

## Konfliktverlauf mit Deeskalationsmaßnahmen



### Deeskalationsmaßnahmen des ZFD

Instrumente zur Deeskalation müssen grundsätzlich an die konfliktauslösenden Faktoren angepasst werden, Standardverfahren kann es nicht geben. Ein ganzheitlicher Ansatz, der die Möglichkeiten außenpolitischer, diplomatischer, ökonomischer und psychologischer Intervention ausschöpft, hat höhere Aussichten, die wichtigsten Konfliktbereiche abzudecken.

Die Deeskalationsstrategien decken sich mit den Präventionsmaßnahmen weitgehend. Der Schwerpunkt liegt jedoch auf dem Bereich der Vermittlung.

### Vermittlungsstrategien

Grundsätzlich werden zwei Hauptstrategien der Konfliktbearbeitung unterschieden. Beim *Krisenmanagement* geht es darum, in einer akuten Krisensituation, vor allem die für die Bevölkerung bedrohlichsten Faktoren wie Gewalt, Hunger, Obdachlosigkeit, Krankheit oder fehlende Lebensgrundlagen zu bewältigen. Nothilfe für Flüchtlinge in Kriegsgebieten oder bei Naturkatastrophen sind Beispiele für solche meist ohne lange Anlaufzeit gestarteten Einsätze, die in vielen Fällen von großen internationalen Hilfsorganisationen, den VN oder spezialisierten NRO geleistet werden. Bei diesem Ansatz ist die Lösungssuche sachlich orientiert. Es geht um die Bewältigung akuter Notfälle oder die sofortige Beendigung gewaltsamer Einwirkung auf die betroffene Bevölkerung.

Auf politischer Ebene bedeutet Krisenmanagement auch die

„zentralisierte politische Kontrolle über militärische Operationen, (...), das Gewinnen oder Gewähren von Zeit zum Nachdenken und zur psychischen Entspannung, außer-

D.h. VermittlerInnen greifen im Krisenfall in das politische Geschehen ein und versuchen, eine militärische Eskalation eines Konfliktes zu verhindern, indem sie, z.T. auch unter Druck auf die Konfliktparteien, vermitteln und alternative Verhaltensstrategien aushandeln.

Bei der Strategie der *Konfliktlösung* sind die Akteure oft weniger an den langfristigen und strukturellen wie psychologischen Ursachen einer Krise interessiert. Es geht ihnen vielmehr darum, Wege aus der Gewaltspirale zu finden und dabei gewaltfreie Mechanismen der Konfliktbewältigung zu etablieren. Mit den Mitteln der Beratung, der Mediation und der Aussöhnung wird versucht, zwischen den Gegnern ein Klima der Verständigung wachsen zu lassen, das es ihnen ermöglicht, wieder zu konstruktiven Kommunikationsformen zu finden. Durch Abkommen und Verträge sollen für die Zukunft Regelungen gefunden werden, die es allen beteiligten Parteien erlauben, trotz der Differenzen Formen des Zusammenlebens zu entwickeln, die gewaltfrei sind.

#### Staatliche, abkommenorientierte Vermittlung

Auf staatlicher Ebene gibt es verschiedene Instrumente der *abkommenorientierten* Vermittlung<sup>26</sup>, wie z.B. die Bereitstellung von sicheren Räumlichkeiten und Mitteln für Gespräche zwischen den Kontrahenten (*facilitation*). Es können sich auch *Verhandlungen* mit der Unterstützung von VermittlerInnen, einer neutralen dritten Partei (*Third-Party-Intervention*) anbieten, oder eine *Mediations*-Situation, in der die VermittlerInnen auch eigene Vorschläge in den Prozess der Lösungsfindung einbringen und den Verhandlungsablauf aktiv steuern.<sup>27</sup>

Diese Vermittlungsstrategien laufen in aller Regel auf eine Kompromißfindung zwischen den Kontrahenten hinaus, die vertraglich fixiert wird. Damit soll sichergestellt werden, dass zukünftig Verstöße gegen das gefundene Abkommen anstatt mit militärischen Mitteln juristisch sanktioniert werden.

Kritik an der staatlichen Konfliktregelung wird jedoch vor allem an drei Punkten geübt: Zum einen sind staatliche VermittlerInnen selten frei von eigenen Interessen. Sie sind meist eingebunden in die politischen Zwänge ihres Landes und werden diese auch unerschwerlich oder offen in den Verhandlungsprozesseinfließen lassen.

---

<sup>25</sup>Nohlen, Dieter, a.a.O., S.272f

<sup>26</sup>siehe zu diesem Thema: Ropers, Norbert/Debiel, Tobias, a.a.O., sowie Fisher, Roger/Ury, William: *Das Harvard-Konzept*, Frankfurt a.M. 1988 und Besemer, Christoph: *Mediation*, Königshardt 1993

<sup>27</sup>Vertieft zu Mediationstechniken siehe: Paffenholz, Thania: *Selecting Approaches to Mediation*, in: Reyher, Luc/Paffenholz, Thania (Hg): *Peacebuilding – A Fieldguide*, London 2001, S.75-127

Unter Umständen, vor allem beim militärischen Auseinandersetzen mit hohen menschlichen Verlusten, werden auch ökonomische, diplomatische oder gar militärische Druckmittel eingesetzt, um die Konfliktparteien zu einer Vertragslösung des Konfliktes zu bewegen.<sup>28</sup> Diese Zwangshaltung führt dann gegebenenfalls zu rascher zum Ziel, d. h. zu offiziell dokumentierten Konflikte, die unterschwellig vorhandene komplexen Krisenursachen werden bei dieser Form des Krisenmanagements jedoch weitestgehend ignoriert. Die Gefahr eines Folgekonfliktes steigt damit deutlich an, wie die Beispiele der Lusaka-Verträge im Kongo-Konflikt oder die Verhandlungen zwischen Äthiopien und Eritrea deutlich machen. In beiden Fällen haben dritte Parteien die Friedensverhandlungen vorangetrieben, um auch eigene, geostrategische Partikularinteressen in der Region zu verfolgen. Dabei wurde jedoch die Komplexität der Konflikte nicht ausreichend in den verhandelten Lösungen berücksichtigt, so dass eine tatsächliche Beendigung der Krise zwischen allen Beteiligten Gravierender als das zumeist berechenbare Eigeninteresse dritter VermittlerInnen ist jedoch eine grundlegendere Kritik, die diesen Ansatz per se in Frage stellt: Abkommenorientierte Vermittlungsstrategien orientieren sich an den verhandelbaren ökonomischen, strukturellen oder geostrategischen Faktoren eines Konfliktes. Was dabei jedoch nicht ausreichend bewältigt werden kann, sind genau die Facetten eines Konfliktes, die zu seiner langfristigen Verfestigung und Verhärtung führten. Nationale Identität, die Grundbedürfnissen nach Sicherheit, Identität und Anerkennung können in Verträgen nicht gelöst werden und werden daher in den meisten Verhandlungen gar nicht thematisiert.

Problematisch ist es auch, wenn bei Vertragsverhandlungen nicht alle relevanten Akteure mit am Tisch sitzen. Zwar erscheint es aus Gründen der Kommunizierbarkeit oft einfacher, nur Einzelvertreter der betroffenen Parteien in die Gespräche einzubinden. Außerdem lassen sich die Lager der Konfliktgruppen sind derart zersplittert, dass Loyalität gegenüber den Verbindungen, die ein Entsandter beider Verhandlungen eingegangen ist, nicht erwartet werden kann. Bestes Beispiel dafür bietet das Scheitern der Arusha-Verträge zwischen den Vertretern der RPF und des Habyarimana-Regimes 1993: Trotz der Unterzeichnung der Verträge fühlt sich Teile der ruandischen Regierung an diesen Vertrag nicht gebunden, da ihre subjektiv vitalen Interessen (ungeteilter Machterhalt, „ethnische“ Dominanz) mit dem Ergebnis der Verhandlungen angegriffen wurden. Somit entwickelte sich der geplante Friedensvertrag zum Stimulans für extremistische

<sup>28</sup> siehe den Abschnitt „Machtmediation“

Kräfte, die zwar sehr einflussreich im ruandischen System agierten, jedoch bei den Arusha-Verhandlungen nicht ausreichend berücksichtigt worden waren. „As it turned out, the historical dynamic worked in the opposite direction: the closer the Arusha agreement came to be realized, the more determined became the extremists to derail it by means of a coup and mass murder.“<sup>29</sup> Eine ähnliche Problematik ist heute auch bei den Verhandlungen um die Anerkennung des Lusaka-Vertrages durch alle betroffenen Parteien des Kongo-Krieges zu beobachten.

### „Positive Konditionalisierung“<sup>30</sup>

Ebenso ungünstig wie eine zu dominierende Haltung bei Vermittlungsversuchen kann sich eine zu vorsichtige Intervention im Konfliktfall auswirken. In Ruanda wurde, trotz deutlicher Kritik internationaler NRO an der Menschenrechtssituation im Land, noch 1993 die Quantität internationaler Hilfe stark erhöht. Nach dem Genozid wurden im Zwiespalt zwischen den Bedürfnissen der Internally Displaced Persons (IDP) und den Vorwürfen der Menschenrechtsorganisationen zwar einige EZ-Projekte eingestellt, dafür jedoch die Kapazitäten im Bereich Nothilfe deutlich ausgebaut. Nothilfe galt nicht als Unterstützung des herrschenden Regimes, sondern als regierungsferner Weg, die betroffene Bevölkerung zu versorgen. Mit dieser „unpolitischen und neutralen“ Form der Unterstützung sollte das Leid der Bevölkerung gemildert und gleichzeitig die Regierung zur Compliance und Einhaltung der Vorgaben des Arusha-Vertrages gezwungen werden. Diese milde Form der Konditionalisierung ohne negative Sanktionsmittel führte jedoch zu keinerlei Handlungsveränderung im Habyrimana-Regime, sondern machte im Gegenteil sogar noch Ressourcen aus dem Sozialetat frei für die Planung des Genozids.<sup>31</sup> Und auch als die deutsche EZ im Frühjahr 1994 eingestellt wurde, wurde der ruandischen Führung gegenüber die Menschenrechtssituation nie als Begründung für den Rückzug in Rechnung gestellt. Allein die Sicherheit der eigenen MitarbeiterInnen wurde als Kriterium für den Nicht-Verbleib im Land gewertet, die Verletzung der Menschenrechte der Bevölkerung im Land wurden nicht als Maßstab für die Vergabe von EZ-Mitteln eingesetzt. Positive Handlungsanreize können also die Konfliktparteien durchaus anreizen, ihr Verhalten kompromißfreudiger zu gestalten, sie laufen jedoch oft Gefahr, stattdessen von den Akteuren zu eigenen Zwecken mißbraucht zu werden und damit sogar konfliktverschärfend zu wirken.

<sup>29</sup> Suhrke, Astri: Three phases of prevention – A retrospective analysis of the Rwandan genocide, in: Engel, Ulf, Mehler, Andreas (Hg.): Gewaltsame Konflikte und ihre Prävention in Afrika, Hamburg 1998, S. 25–40, S. 29

<sup>30</sup> ebda., S. 36

<sup>31</sup> Uvin, Peter: a. a. O., S. 141ff

### ***Machtmediation***

In Fällen, in denen die Kontrahenten einen Konflikt über einen längeren Zeitraum mit kriegerischen Mitteln ohne Rücksicht auf Verluste der Bevölkerung in der betroffenen Region betreiben, oder wenn in der Krisenregion auch geostategische Interessen anderer Mächte betroffen sind, entschließen sich die dominierenden Kräfte oder auch die VN bisweilen zum Eingreifen mit militärischen Mitteln, um den Konflikt in seiner Eskalation zunächst zu stoppen und damit eine neue Gelegenheit zu Verhandlungen zu erzwingen. Angewandte Mittel sind zunächst z.B. ein ökonomisches oder ein Waffen-Embargo, später aber auch durch den Einmarsch einer militärisch überlegenen Macht, die Entwaffnung der Kontrahenten und evtl. die zwischenzeitliche Übernahme der Regierungsfunktion. Damit sollen die Kontrahenten daran gehindert werden, ihren Konflikt auf Kosten der Bevölkerung auszutragen und schließlich an den Verhandlungstisch gezwungen, bzw. im Falle untolerierbarer Menschenrechtsverletzungen wie im Falle eines Genozids, ausgeschaltet werden.

Die Beispiele des Golfkriegs, der Somalia-Intervention der VN oder des Sieges der RPA über die Interahamwe-Milizen des Habyarimana-Regimes zeigen drei Grundmotivationen für die Intervention dritter Mächte in lokalen Konflikten: A) die Verteidigung eigener geostrategischer oder ökonomischer Interessen, die durch den Konflikt im Krisengebiet bedroht werden, B) der Versuch, eine humanitäre Katastrophe abzuwenden, oder C) die Ausschaltung eines pervertierten Regimes im akuten Fall des Genozids, zur Verteidigung der eigenen Volksgruppe, aber auch mit dem zweiten Ziel, die eigene Macht in der Region zu installieren.

Das Instrument der Machtmediation, d.h. der gewaltsamen Beendigung eines Konfliktes durch eine dritte Partei ist per se also nicht nur ein altruistisches letztes Mittel zur Gewaltvermeidung, sondern in den meisten Fällen auch durch die Eigeninteressen der eingreifenden Macht geprägt. In fast allen Fällen werden diese Absichten jedoch durch den Effekt der Gewaltabwendung für die Bevölkerung im Krisengebiet legitimiert bzw. verdeckt. D.h., dass die Bereitschaft zum Eingreifen für dritte Parteien ansteigt, wenn das eigene Prestige als lokale Ordnungsmacht, finanzielle Interessen oder gar das Überleben der eigenen Bevölkerungsgruppe oder Ethnie in dem Konflikt bedroht sind.

Im Gegenzug ist allerdings auch eine humanitäre Intervention, z.B. der VN auch nur dann zu erwarten, wenn die wichtigsten Zahler der VN-Töpfe und Entsender von Truppen im fraglichen Gebiet eigene Interessen wirtschaftlicher oder strategischer Art zu vertreten haben. Ansonsten wird der Kostenfaktor in fast allen Fällen die Entsendung von Truppen zu verlässig verhindern, wie es z.B. im Moment bei der MONUC-Mission im Kongo deutlich zu beobachten ist.

## Gesellschaftliche Vermittlung

Auf gesellschaftlicher Ebene können Vermittlungsansätze zwar nicht so schnell und empirisch nachvollziehbar erreicht werden wie durch vertragliche Lösungen, ein *prozessorientierter* Vermittlungsweg bindet jedoch meistens weit größere Schichten von Betroffenen ein und hat daher mehr Aussicht auf Nachhaltigkeit. Ohne einen weitreichenden gesamtgesellschaftlichen Aussöhnungs- und Befriedungsprozess bleiben vertraglich geregelte Konfliktlösungen oft erfolglos, da sich die Umsetzung der Vereinbarungen nicht ausreichend steuern lässt, wenn maßgebliche Gruppen sich mit dem Vertragswerk nicht identifizieren können. Eine Kombination von Vertragsverhandlungen mit parallelen und weiterbestehenden innergesellschaftlichen Befriedungsprozessen wird schließlich die besten Aussichten auf eine langfristige Senkung des Gewaltpotentials aufweisen. Der Staat kann durchaus in solche prozessorientierten Strategien der Konfliktbewältigung eingebunden sein, z.B. durch die Einrichtung einer Versöhnungskommission oder durch eine Gesetzgebung, die die Stellung von Minderheiten absichert. Der Schwerpunkt wird jedoch auf dem informellen Sektor des gesamtgesellschaftlichen Diskurses aller betroffenen Regionen liegen.

### ***Versöhnung***

Mittlerweile gibt es weltweit 19 Beispiele von nationalen Versöhnungs- und Wahrheitskommissionen, die in ihren Ländern im Anschluss an oft jahre- oder jahrzehntelange Konflikte einen Weg suchen, die Vergangenheit in einem Prozess der bewussten Auseinandersetzung mit dem Geschehenen zu verarbeiten. Es geht dabei um die Dokumentation der begangenen Menschenrechtsverletzungen und die Suche nach den Wurzeln und Ursachen der Konflikte. In einem gesellschaftsübergreifenden Diskurs sollen die Fakten verarbeitet, die Vergangenheit verstanden und bewältigt werden.

Dochnicht nur auf nationaler Ebene, gerade im lokalen Bereich, im Dorf und in der Gemeinde ist es wichtig, dass sich Opfer und TäterInnenInnen wieder annähern, damit eine gemeinsame Zukunft möglich wird. Dabei ist es jedoch wichtig, die Erwartungen an Projekte mit einem intendierten versöhnenden Effekt nicht zu hochzuschrauben. Die Fähigkeit zur rechten Vergebung und Versöhnung kann von den meisten Opfern von Menschenrechtsverletzungen kaum erwartet werden. Vielmehr ist es meist bereits ein Zeichen tiefer menschlicher Reife und Disziplinierung, wenn es gelingt, dass ehemalige Konfliktparteien gewaltfrei in ihren Gemeinden zusammenleben. Da der Versöhnungsgedanke tief im christlichen Wertesystem verankert ist, sind es oft kirchliche Organisationen oder NRO und Selbsthilfeinitiativen, die in ihren Gemeinden oder auf nationaler Ebene zur Vergebung aufrufen.

AufformellerEbenegehörtzurAussöhnungdieSchaffungvonReglementsundInstitutionen, dieeineerneutegewaltsameEskalationverhindern: EineunabhängigeJustiz,funktionierende staatlicheAdministration,vertraglicheEinigungen überdiekünftigeRegelungvonKonflikten sowiedieSchaffungvonintermediärenOrganisationenundInteressenvertreternwieMedien, Gewerkschaften,Schlichtungsgremienetc.tragendazubei.

### **BeratungundMediation**

NebendenstaatlichenAkteurengibtesaucheineReihevonunabhängigenInstitutionen, die alsVermittlerfungieren. VorallemaufderMeso-undMikroebenebietensichNRO,kirchliche Organisationen oder lokale Friedensgruppen an, um Konflikte auf regionaler Ebene zu regulieren. Mit professionellen Workshops, Selbsthilfegruppen oder durch die Beratung der KonfliktparteienkönnenvieleKonfliktursachenbearbeitetunddasGewaltpotentialimStreitfalleingegrenztwerden.

Ähnlich wie bei den abkommenorientierten Verhandlungsstrategien auf staatlicher Ebene übernimmt auch hier eine bestellte ExpertInnen die Funktion der Vermittlung, die ihnen die Beteiligten aufgrund ihrer professionellen Autorität wie moralischen Integrität auch zubilligen. Dabei wird jedoch vor allem auf der *Beziehungsebene* zwischen den betroffenen Konfliktparteien nach Lösungen gesucht.<sup>32</sup> Vor allem wenn Konflikte sich stark verselbständigen haben und die ursprünglichen Streitursachen in den Hintergrund gerückt sind, kann dieser Ansatz auf Basisebene zur Entspannung beitragen. Gemeinsam mit der ModeratorInnen suchen die KontrahentInnen nach Möglichkeiten, wieder gegenseitigen Respekt und Verständnis für die Situation der anderen Partei aufzubauen, um dann zu tragfähigen Regelungen für das Alltagsleben zu finden, damit „in einer Atmosphäre von Vertrauen und veränderten Perzeptionen Sachfragen leichter geregelt werden können.“<sup>33</sup> Erforderlich ist bei diesem Ansatz also eine Doppelqualifikation der beratenden ExpertInnen: Neben Sachkenntnissen auf der Objektebene (z.B. in Fragen von Bodenrecht, Wassermanagement, Erbschaftsrecht, etc.) ist eine Schulung im Umgang mit gruppenspezifischen Prozessen, Traumabehandlung oder in niedrigschwelliger Mediationstechniken unabdingbar. Wenn es gelingt, die Sichtweise der Betroffenen auf den Konflikt und die „Gegner“ zu verändern und Gemeinsamkeiten zu erkennen, können auch wieder Zukunftsperspektiven erwachsen, die ein gewaltfreies Konfliktmanagement zulassen. Mit der Verbesserung der Beziehung zwischen den Konfliktparteien verringert

---

<sup>32</sup>Paffenholz, Thania: Nicht die Konflikte müssen beendet werden, sondern die Kriege, in: Dialog 30/1, Zürich 1996, S.217–235, S.223

<sup>33</sup>ebda.

sich oft auch die Virulenz der Sachfragen, da z. B. die knappen Ressourcen gemeinsam und damit effizienter genutzt werden können.<sup>34</sup>

Um auf der Beziehungsebene glaubwürdig vermitteln zu können, ist es wichtig, dass die Mediatorin die Beiträge der einzelnen Parteien im Dialog nicht wertet, sondern allen Meinungen und Forderungen zunächst Raum lässt und die einzelnen Personen ernst nimmt. Es kommt darauf an, den Gesprächsprozess so zu steuern, dass die Kooperation statt der Konfrontation als gewinnbringend für alle Seiten erkannt wird (*win-win-situation*). Von der Vermittlungstechnik der Mediatorin hängt es auch ab, ob die betroffenen Gruppen auch verstehen, dass die Anwendung von Gewalt zur Konfliktlösung immer Gegen Gewalt provoziert und somit kontraproduktiv wirkt. Sobald eine Aussöhnung attraktiver und lukrativer als die Streitsituation empfunden wird, steigt die Chance auf eine friedliche Beilegung des Konfliktes.

Diese Art des beziehungsorientierten Konfliktmanagements hat also zwei Hauptziele: Neben der Vermittlung von Fachwissen auf der Objektebene (*consultation*) werden auch die sozialen Fähigkeiten der Gruppe trainiert, durch Kooperation selbstständig in Eigenregie zur friedlichen Konfliktregelung zu gelangen (*empowerment*).<sup>35</sup>

### Integrative Ansätze zur Vermittlung

„Es gibt in der Vermittlungsdebatte unterschiedliche Dichotomien: Konfliktmanagement versus Konfliktlösung, abkommen- versus beziehungsorientierte Vermittlung, Elitenvermittlung – versus Nichtelitenvermittlung etc. Letztlich geht es aber immer um die Dichotomie zwischen Vermittlung auf der staatlichen und auf der gesellschaftlichen Ebene.“<sup>36</sup>

Bei der Reflexion aller unterschiedlichen Ansätze wird schnell offensichtlich, dass keiner für sich ausreicht, um einen langfristigen, komplexen und schon verselbständigten Konflikt nachhaltig zu lösen. Vielmehr zeichnet sich ab, dass nur integrative Ansätze eine umfassende Vermittlung auf allen Konfliktebenen bieten können. Es geht darum, die Vorteile aller oben beschriebenen Vermittlungsmethoden anzuerkennen, statt sie als konkurrierende Verfahren zu interpretieren. Sowohl die staatliche wie auch die gesellschaftliche Ebene wird in einem ganzheitlichen Ansatz in die Konfliktbearbeitung integriert, um ein möglichst nachhaltiges

<sup>34</sup>In Ruanda weigert es sich z. B. bei der Rückkehr von mit den Rückkehrenden zuteilen. Durch die Mediation jedoch in einer Gemeinde, diese Gruppen soweit zu wurden und die neuen Ackerflächen gemeinsam bebaut wurde.

<sup>35</sup>siehe dazu: Paffenholz, Thania: Vermittlung, Wege und Konzepte der Kriegsbeendigung, in: Matthies, Volker (Hg.): Vom Krieg zum Frieden, Bremen 1995

<sup>36</sup>ebda., S. 224

Flüchtlingen 1996 viele der gebliebenen Bauern, ihr Land in einer norwegischen christlichen Organisation gelassen ersöhnen, dass gemeinsame Siedlungsgebiete erschlossen wurden, sodass der Nutzen für alle Beteiligten deutlich

und Konzepte der Kriegsbeendigung, in: Matthies, Volker

Ergebniszuerzielen. Damit kann das Vermittlungsangebot weiter differenziert und den jeweiligen Erfordernissen genauer angepasst werden.

In der Literatur hat sich in den letzten Jahren der Modell zur integrativen Konfliktbearbeitung herauskristallisiert.<sup>37</sup> Die Wahl des Ansatzes richtet sich nicht mehr an der Konflikursache aus, sondern orientiert sich an den Eskalationsphasen. In der Entstehungsphase einer Krise gelten dann beziehungs- und lösungsorientierte Ansätze auf der Meso- und Mikroebene als angezeigt. Mit zunehmender Verselbständigung und Institutionalisierung des Konfliktes auf der Ebene der Einzeliten wird eine abkommenorientierte staatliche Vermittlung und Machtmediation als das adäquate Mittel beschrieben. In der Postkonflikt-Situation kann dann wieder zu beziehungsorientierten Vermittlungsstrategien zurückgegriffen werden. Praktikel wird in solcher Ansatz jedoch nur, wenn eine starke Vernetzung der vermittelnden Akteure und eine gute Koordination der einzelnen Schritte gegeben ist. An die Stelle isolierter Einzelaktionen soll also ein ganzes System von aufeinander abgestimmten Angeboten greifen. Dies ist sicherlich in der Praxis, wo viele Anbieter aus den unterschiedlichsten Nationen und mit den verschiedensten Ansätzen und Interessen auf dem „Vermittlungsmarkt“ aufeinandertreffen ein nur ansatzweise realisierbarer Anspruch, der trotzdem weiterhin verfolgt werden sollte. Systemische Theorien werden der Komplexität von Konflikten mit hohem Gewaltpotential sich eher gerecht als eindimensionale Vermittlungsversuche auf jedweder Ebene, die nicht alle beteiligten Gruppen des Streites einbeziehen.

### Transformationsansätze

Ausgehend von der Prämisse, dass viele Konflikte selbst bei intensiver Anstrengung vieler Beteiligten mittelfristig nicht vollständig lösbar sind, geht Kumar Rupesinghe davon aus, dass beim Krisenmanagement zunächst die Umwandlung (*Transformation*) von gewaltsamen zu friedlichen Strategien der Konfliktaustragung als primäres Ziel der Vermittlung angestrebt werden soll.<sup>38</sup> Damit bezieht er sich jedoch weniger auf die kurzfristige Intervention im Sinne der Machtmediation, sondern beschreibt, ebenso wie John-Paul Lederach<sup>39</sup> einen mittelfristigen Weg zum Peace-building. Ein Zeitraum von mehreren Jahrzehnten wird angesetzt, um auf allen gesellschaftlichen Ebenen in konzertierten Maßnahmenpaketen die Beteiligten zu einer

<sup>37</sup> siehe dazu: Glasl, Friedrich: Konfliktmanagement, Bern/Stuttgart 1990; und: Fisher, Ronald/Keashly Lora-leigh: The potential complementarity of mediation and consultation with a contingency model of third party intervention, in: Journal of Peace Research 28/1, 1991, S. 29–42, und: Prein, Hugo: A Contingency Approach for Conflict Intervention, in: Group and Organization Studies 9/1, 1994, S. 81–102

<sup>38</sup> Rupesinghe, Kumar: Conflict Transformation, London 1995

<sup>39</sup> Lederach, John-Paul: Building Peace, Washington D. C. 1997, und: ders.: Conflict Transformation in Protracted Internal Conflicts, in: Rupesinghe, Kumar, (Hg.): Conflict Transformation, London 1995, S. 65–115

gewaltfreien Form der Konfliktbewältigung zu motivieren. Externe VermittlerInnen können in diesem Prozess nur Aufgaben der Moderation, Beratung und Unterstützung von Kommunikationsprozessen besetzen. Die Hauptarbeit muss jedoch von den Betroffenen selbst geleistet werden. Durch Selbsthilfegruppen, Netzwerke, Allianzen in regionalen und nationalen Bündnissen wird die Friedensfähigkeit vor Ort gestärkt, und das Gewaltpotential nimmt ab. Ebenso ist die Aufarbeitung der gemeinsamen Vergangenheit ein unverzichtbarer Bestandteil der Umwandlung einer virulenten Krise in einen Alltagskonflikt, der die Betroffenen zwar belastet, den sie jedoch nicht mehr als unerträglich empfinden.

## Übersicht über Vermittlungsstrategien:

Vermittlungsansatz	Zielgruppe	Intention	Instrumente
Staatlich	Eliten	Erzielen von Vertragsabkommen mit den Vertretern der Konfliktparteien	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ausstattung (facilitation)</li> <li>- Beratung</li> <li>- Verhandlung</li> <li>- Mediation</li> <li>- Machtmediation</li> <li>- (positive) Konditionalisierung</li> </ul>
Gesellschaftlich	Alle Gesellschaftsschichten	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Nachhaltige Strukturveränderung in der Gesellschaft der Konfliktparteien anregen, um den Konflikt auf der Basis zu lösen</li> <li>- Verständigungs- und Versöhnungsprozesse begleiten</li> <li>- Beratung</li> <li>- Stärkung (<i>empowerment</i>)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Versöhnungskommissionen</li> <li>- Fachliche Beratung</li> <li>- Unabhängige Medien und wissenschaftlichen Diskurs fördern</li> <li>- Selbsthilfeinitiativen unterstützen</li> <li>- Konfliktlösungsworkshops</li> <li>- Traumabehandlung</li> <li>- Austausch und Vernetzung von Basisgruppen</li> </ul>
Integrativ	Alle Gesellschaftsschichten	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Vermittlung auf allen Konfliktebenen</li> <li>- In Sachfragen beraten</li> <li>- Vertragslösungen fördern</li> <li>- Versöhnung begleiten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ausstattung (facilitation)</li> <li>- Beratung</li> <li>- Verhandlung</li> <li>- Mediation</li> <li>- Machtmediation</li> <li>- (positive) Konditionalisierung</li> <li>- Versöhnungskommissionen</li> <li>- Fachliche Beratung</li> <li>- Medien und wissenschaftl. Diskurs fördern</li> <li>- Selbsthilfeinitiativen unterstützen</li> <li>- Konfliktlösungsworkshops</li> <li>- Traumabehandlung</li> <li>- Austausch und Vernetzung von Basisgruppen</li> </ul>
Transformatorisch	Alle Gesellschaftsschichten	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Akzeptanz eines zunächst unlösbaren Konfliktes</li> <li>- Verwandlung der Konfliktbewältigungsstrategien hin zu gewaltfreien Verhaltensweisen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ausstattung (facilitation)</li> <li>- Beratung</li> <li>- Verhandlung</li> <li>- Mediation</li> <li>- Machtmediation</li> <li>- (positive) Konditionalisierung</li> <li>- Versöhnungskommissionen</li> <li>- Fachliche Beratung</li> <li>- Medien und wissenschaftl. Diskurs fördern</li> <li>- Selbsthilfeinitiativen unterstützen</li> <li>- Konfliktlösungsworkshops</li> <li>- Traumabehandlung</li> <li>- Austausch und Vernetzung von Basisgruppen</li> </ul>